



KANTONSRATS PROTOKOLL

Sitzung vom 18. Juni 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

A 635 Anfrage Keller Irene und Mit. über den Stellenwert der politischen Bildung auf den unterschiedlichen Schulstufen im Kanton Luzern / Bildungs- und Kulturdepartement

Irene Keller ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Irene Keller: Die Antwort des Regierungsrates ist äusserst ausführlich und gibt eine sehr gute Übersicht über die mögliche politische Demokratiebildung auf allen Stufen und in allen Ausbildungsstätten. Aber eben, Papier nimmt fast alles an. Denn ob sich das Gedruckte und wohl auch ausführlich Diskutierte mit der Umsetzung der tatsächlichen Situation deckt, steht auf einem anderen Blatt geschrieben. Nur in wenigen Stufen beziehungsweise Ausbildungen ist die politische Bildung als nicht zu umgehendes Lernziel verankert. Es kann vielerorts von der Lehrperson in Umfang, Intensität sowie Art und Weise variiert werden. Es kann wohl sogar umgangen werden je nach Veranlagung und Ausbildung der Lehrperson. Dort gilt es einzuhaken. Denn auch in der Berufsschule, eine der wenigen Institutionen mit festgelegten politischen Bildungszielen, ist das Resultat äusserst unterschiedlich. Davon kann ich selber ein Lied singen, da ich an der Berufsschule zwölf Jahre Allgemeinbildung unterrichtet habe. Auch hier hängt es weitgehend von der Ausbildung und der Veranlagung beziehungsweise Interessenslage der Lehrperson ab, wie lebhaft, interessant und lustvoll die politische Bildung weitergegeben wird. So schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort: „Erfolgsfaktoren für den allgemeinbildenden Unterricht liegen – wie bei anderen Bildungsinhalten und Kompetenzen auch – in der Unterrichtsqualität. Dazu gehören gut ausgebildete Lehrpersonen, die lernwirksame Unterrichtssettings gestalten können.“ Zudem sagt er auch, dass nicht nur die Schule, sondern auch das Elternhaus, Parteien, Organisationen usw. gefordert sind. Wenn aber dort bereits Menschen das Zepter führen, die kaum oder keine politische Bildung erhalten haben, zieht die negative Auswirkung weitere Kreise. Wie die politische Bildung zu einem Erfolgsmodell mit positiven Messwerten gebracht werden kann, dafür habe ich auch kein Patentrezept. Ich bin aber überzeugt, dass es nicht bei der heutigen Situation bleiben darf. In der Behandlung des Postulats „Eine umfassende Strategie für die politische Bildung in der Schweiz“ von Ständerat Andrea Caroni vom 15. Dezember 2016 erklärt der Bundesrat im Schlusssatz: „Unbestritten ist für den Bundesrat, dass die Schweiz gefordert ist, die Demokratie auf allen Staatsebenen national und international zu stärken. Auch die politische Bildung hat ihren Beitrag dazu zu leisten.“ Die Schule mit all ihren Stufen ist der einzige Ort, wo alle jungen Menschen anzutreffen sind und wo Lernziele und ihre Messbarkeit installiert werden können. Daher ist dort die politische Bildung speziell zu positionieren und zu verankern. Denn nicht nur Lesen, Schreiben und Rechnen sind für unsere Kinder wichtig, sondern gleichbedeutend für das Funktionieren der Schweiz ist die nach Altersstufen zunehmende Ausbildung in den Grundlagen der Demokratie und ihrer Anwendung und Umsetzung – nicht etwa knochentrocken und

technisch, sondern interessant, lebendig und lustvoll. Die Einführung von Politikhalbtagen im 9. Schuljahr, analog zu den Ethikhalbtagen – eine Forderung des Jugendparlaments – könnte eine Möglichkeit sein. Der Regierungsrat erachtet diese Möglichkeit aber als unnötig, das ist schade. Die politische Bildung muss auf dem Tapet bleiben.

Urban Sager: Die Regierung schreibt in ihrer Antwort richtigerweise, dass die Demokratiebildung eine Aufgabe aller Schulstufen ist. Die Demokratiebildung betrifft darüber hinaus verschiedene Fächer, traditionellerweise das Fach Geschichte, aber auch die Fächer Geografie, Ethik, Deutsch und in der Primarschule das Fach Natur, Mensch, Gesellschaft. Diese Breite steht in einem krassen Missverhältnis zum Stellenwert in der Ausbildung der Lehrpersonen. Nur Sekundarlehrpersonen, die das Fach Geschichte belegen, erhalten eine entsprechende fachliche Ausbildung. Es ist aber sehr wichtig, dass die Lehrpersonen didaktische Grundlagen zum Thema „politische Grundlagen“ erarbeiten, da es sich um ein anspruchsvolles Fach handelt. Komplexe Themen sollen einfach, verständlich und lustvoll vermittelt werden. Dabei sollen auch alle Meinungen des politischen Spektrums dargelegt werden. Diesbezüglich besteht bei der Ausbildung von Lehrpersonen Nachholbedarf. Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, dass die politische Bildung im Lehrplan 21 als eine Querschnittaufgabe definiert ist. Es finden sich konkrete Ziele bei den Themen Räume, Zeiten und Gesellschaften im Fachbereich Geschichte. Dieses Fach muss aber interdisziplinär unterrichtet werden. Das führt dazu, dass es oft etwas vergessen geht, weil es nicht einen abgeschlossenen Fachbereich als solchen darstellt. Zudem verzichten viele Lehrpersonen aufgrund ihrer fehlenden fachdidaktischen Ausbildung auf politische Bildung, und sie fürchten sich sogar etwas davor, weil sie das Gefühl haben, sie müssen das Thema neutral vermitteln. Sie weichen deshalb oft auf eine entsprechende Institutionenlehre aus, wodurch die politische Bildung zur reinen Staatskunde verkommt. Wir müssen uns deshalb überlegen, wie wir die politische Bildung stärken können. Ein möglicher Vorschlag des Jugendparlaments sind politische Halbtage.

Christine Kaufmann-Wolf: Einerseits zeigt die Antwort des Regierungsrates auf, dass die politische Bildung auf den einzelnen Schulstufen erfolgt. Andererseits zeigt sie aber auch, dass sich trotz der politischen Bildung nicht alle Lernenden als Erwachsene an den politischen Entscheiden beteiligen oder an die Urne gehen. Die politische Bildung ist sehr wichtig, um über ein Grundwissen zu verfügen. Gelebte Demokratie und Politik finden aber bereits bei simplen Meinungsdivergenzen in Diskussionen statt. So kann nebst der allgemeinen politischen Bildung bereits zu Hause am Familientisch das Interesse an der Politik gefördert oder abgewürgt werden. Mit Diskussionen innerhalb der Familie oder im Freundeskreis können Jugendliche bei Meinungsdivergenzen lernen, fair und konstruktiv damit umzugehen. Aber auch wir aktiven Politikerinnen und Politiker sind gefordert, uns mit den jungen Menschen auszutauschen, sie ernst zu nehmen, ihnen aufmerksam zuzuhören und ihre Ideen entgegenzunehmen. Ich bin überzeugt, dass es so gelingt, die jungen Menschen für die Politik zu gewinnen.

Rahel Estermann: Vertreterinnen und Vertreter aller Parteien haben diesen Vorstoss unterschrieben. Das Jugendparlament hat eine entsprechende Forderung formuliert und verlangt im 9. Schuljahr mehr politische Bildung – dies absolut zu Recht, wenn man sich überlegt, wie oft wir als Bürgerinnen und Bürger zur Urne gebeten werden, um über etwas zu befinden oder um Personen in ihre Ämter zu wählen. Die Fragestellungen in diesen Vorlagen – und damit die Meinungsbildung – werden anspruchsvoller, weil sich unsere Welt vernetzt und die Abhängigkeiten sich vervielfachen. Man könnte denken, dass die Schweiz mit ihrer Demokratie ihre Bevölkerung politisch besonders gut ausbildet. Aber es besteht viel Luft nach oben. In internationalen Vergleichsstudien äussern junge Schweizerinnen und Schweizer wenig Vertrauen in ihre politischen Fähigkeiten. Die Antworten des Regierungsrates zeigen zudem auf, dass die politische Bildung auf verschiedene Fächer verteilt und damit zerstückelt ist und nicht übermässig viel Beachtung geniesst. Als Kanton haben wir die Verantwortung, der politischen Bildung den nötigen Stellenwert einzuräumen und die Lehrpersonen auf diese Aufgabe vorzubereiten. Zusammen mit anderen Kräften aus diesem Rat sind wir gerne dabei, konkrete Ideen auszuarbeiten und allenfalls den Vorschlag

des Jugendparlaments aufzunehmen.

Angelina Spörri: Die GLP anerkennt die Wichtigkeit einer guten politischen Bildung, ist diese doch der Grundpfeiler unserer direkten Demokratie. Laut Antwort des Regierungsrates wird auf allen Schulstufen politische Bildung unterrichtet. Daher war ich doch etwas erstaunt, anlässlich einer politischen Veranstaltung an der Kantonsschule von mehreren Lernenden zu hören, dass ihnen Smartvote nicht bekannt ist. Es gilt aber auch zu bedenken, dass sich die Volksschule im Übergang zum Lehrplan 21 befindet. Mit dem Lehrplan 21 wird das neue Lehrmittel „Zeitreise“ auf der Sekundarstufe I obligatorisch. Es beinhaltet in der 1. Oberstufe unter anderem die Einführung in das schweizerische Regierungssystem und die schweizerische Innenpolitik. In der 3. Oberstufe setzt es sich mit den politischen Werten auseinander. Auf der Sekundarstufe II lernen und kennen die Maturandinnen und Maturanden unter anderem die politischen Strukturen auf Ebene Gemeinde und Bund usw. Nur, ein guter Lehrplan und gute Lehrmittel reichen nicht aus. Es gilt zu beobachten, ob und wie die politische Bildung gemäss Lehrplan 21 greift.

Lisa Zanolla: Auf der Primarstufe ist die politische Bildung Teil des Sachunterrichts. Auf der Sekundarstufe I findet im Rahmen des Faches Räume, Zeiten, Gesellschaften (RZG) eine Einführung in politische Systeme und Demokratiekonzepte statt, in die schweizerische Demokratie, aber auch die Sensibilisierung für Rechte und Pflichten, insbesondere für Verfassungs- und Menschenrechte, und die Positionierung der Schweiz in Europa. Auf der Sekundarstufe II geht es um eine Systematisierung der politischen Bildung, um Wissen, Verstehen und Urteilsbildung. Aus Sicht der SVP soll die politische Bildung systematisch auf Sekundarstufe I erfolgen. Im Lehrplan 21 sind die beiden Fächer Geschichte und Geografie im Fach RZG zusammengefasst worden. Bei der Bearbeitung verschiedener Themen können so Synergien erzielt werden. Im Kanton Luzern umfasst das Fach RZG in allen drei Jahren der Sekundarschule drei Lektionen und nicht zwei. Politische Bildung ist Aufgabe aller Schulstufen. Der politischen Bildung im Unterricht an den Luzerner Schulen wird angemessen und ausreichend Rechnung getragen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: In den Augen der Regierung ist die politische Bildung im Kanton Luzern auf allen Schulstufen stufengerecht verankert und definiert. Das Thema ist in den Lehrplänen verankert, und die Lehrpersonen werden an der Pädagogischen Hochschule entsprechend darauf vorbereitet. Politische Bildung hat ein entsprechendes Gewicht, trotzdem kann es sich dabei nicht einfach um eine Aufgabe der Schule handeln. In wesentlichen Punkten bin ich mit der Anfragenden einverstanden. Die Lehrpersonen sind matchentscheidend, aber das gilt für alle Fächer. Die Schule ist der einzige Ort, den praktisch alle Kinder besuchen. Dabei geht es aber um viel mehr als nur um schulische Themen, nämlich auch um andere Bereiche wie etwa den Schwimmunterricht. Es wäre schön, Halbtage zur politischen Bildung einführen zu können. Dazu fehlt aber im Lehrplan leider die nötige Zeit, denn Fächer wie Deutsch und Mathematik nehmen dort einen wichtigen Platz ein. Wenn wir immer mehr Inhalt in die Volksschule und die Berufsbildung packen wollen, müssen wir auch bereit sein, die entsprechenden Zeitgefässe zu vergrössern, sonst wird es schwierig. Politische Bildung ist wichtig, wir müssen uns dafür einsetzen, das tun wir aber auch.